

„Es ist fatal, Kultur für politische Zwecke zu instrumentalisieren“

Heike Uhlig, Leiterin des Goethe-Instituts Moskau und der Region Osteuropa und Zentralasien über die anhaltende Nachfrage nach Deutschkursen und die Verunsicherung vieler Partner wegen des Gesetzes über „ausländische Agenten“

Das Goethe-Institut ist in Russland eine bekannte Marke. Aber nicht alle wissen, was genau Sie tun. Was also tun Sie?

Das Goethe-Institut ist das Deutsche Kulturinstitut. Die drei Säulen unserer Arbeit sind Sprache, Kultur, Deutschland. Zum einen vermitteln wir in Sprachkursen die deutsche Sprache und unterstützen das Lernen und Lehren von Deutsch an den Schulen in Russland. Zum zweiten fördern wir die internationale kulturelle Zusammenarbeit. Und drittens informieren wir über Deutschland, indem wir beispielsweise Literaturübersetzungen fördern und Bibliotheken mit Medien ausstatten; so wird ein vielseitiges und modernes Deutschlandbild vermittelt.

Diese drei Richtungen kann man nicht voneinander trennen, die Grenzen sind fließend. Wer sich für deutschen Film interessiert, kommt vielleicht irgendwann als Sprachkursteilnehmer ins Haus. Umgekehrt öffnet das Erlernen der Sprache den Weg zu Kultur und Literatur und zum Verständnis des anderen Landes.

Wer ist Ihre Zielgruppe in Russland, wer lernt Deutsch?

Auf Grundlage von Statistiken des Bildungsministeriums und unseren Erfahrungen und Schätzungen haben wir herausgefunden, lernen etwa 1,8 Millionen Russinnen und Russen Deutsch. Die Mehrheit von ihnen lernt an den Schulen Deutsch als Erst- oder Zweitfremdsprache. Das sind etwa 1,3 Millionen. An unseren Instituten hatten wir im vergangenen Jahr zirka 6000 Sprachkursteilnehmer. Das sind vor allem junge Erwachsene zwischen 18 und 35 Jahren, aber auch viele Kinder und Jugendliche, die beispielsweise unsere Sprach-Camps während der Ferien besuchen.

Sie haben auch selbst Russisch gelernt und in den 1980er-Jahren Slawistik in Potsdam und Rostow-am-Don studiert. Muss eine Institutsleiterin in Russland Russisch sprechen können?

Es ist keine Bedingung. Institutsleiterinnen und -leiter wechseln alle fünf bis sechs Jahre den Ort. Man müsste ein Sprachgenie sein, um immer wieder eine neue Sprache lernen zu können. Aber wenn man die Sprache des Landes spricht, fühlt man sich im Alltag ganz anders und kann mit Partnern anders sprechen.

Wir reden gerade Deutsch, sprechen Sie mit Ihren russischen Partnern oft Russisch?

Meistens ja. Oft spricht der Partner Russisch, ich spreche Deutsch, und man versteht sich trotzdem. Aber wenn es um Feinheiten geht, ist ein Dolmetscher doch hilfreich.

Ende 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre haben Sie bereits in Moskau gearbeitet. Jetzt sind Sie wieder da. Was hat sich verändert?

Erstmals in Moskau war ich 1981. Russland und Moskau haben sich seither enorm verändert. Ich glaube, dass viele Deutsche, die nach Russland kommen, überrascht sind, weil sie noch eine ganz andere Vorstellung haben. Besonders aufgefallen ist mir, dass die Leute freundli-

cher geworden sind und rücksichtsvoller miteinander umgehen. Ein Lächeln wird erwidert, auch in öffentlichen Verkehrsmitteln, in der Metro. Besonders wo junge Leute arbeiten – in Museen, Cafés, Geschäften – hat sich die Atmosphäre verändert. Man hat das Gefühl, willkommen zu sein und viele sprechen auch Englisch und manchmal Deutsch.

Auch außerhalb von Moskau?

Bisher war ich in unseren Instituten in St. Petersburg und Nowosibirsk, außerdem in Perm, Jekaterinburg, Smolensk. Kleinere Städte, die in Russland oft Millionenstädte sind, haben eine andere Atmosphäre als die Hauptstadt, sie sind ruhiger und nicht so hektisch. Wir haben in den Regionen neben unseren Instituten seit den 1990er-Jahren ein Partnernetzwerk aufgebaut. Es gibt 20 Sprachlernzentren, 16 Lesesäle sowie zahlreiche Kulturgesellschaften und Kontaktstellen, mit denen wir eng zusammenarbeiten.

Kürzlich teilte mir ein russischer Beamter mit, dass Partner aus den russischen Regionen für die Teilnahme an einer Konferenz von Partnerstädten in diesem Sommer in Deutschland für alle Fälle die Genehmigung des Kulturministeriums beantragt hatten. Sind Sie in den Regionen auf ähnliche Ängste gestoßen? Die Nachfrage nach Deutschkursen ist ungebrochen. Viele lernen Deutsch, wollen eine Prüfung ablegen, aus beruflichen Gründen oder für ein Studium in Deutschland. Unser Partnernetzwerk ermöglicht gemeinsame

Programme und Projekte. Wir spüren immer wieder eine große Offenheit und einen großen Wunsch nach Austausch von Erfahrungen.

Aber?

Aber wir spüren natürlich auch, dass viele Partner verunsichert sind. Seit 2012 gibt es in Russland ein Gesetz, wonach sich Organisationen als „ausländische Agenten“ registrieren müssen, wenn sie Geld von ausländischen Partnern erhalten. Das schafft Verunsicherung, die man in den Gesprächen spürt, die aber bisher unsere Arbeit nicht beeinflusst hat.

Im August 2018 sagte Ihr Präsident, Klaus-Dieter Lehmann, dass das Goethe-Institut und seine Partner in Russland, China und der Türkei unter Druck stünden. Betrifft der Druck in Russland Sie selbst oder mehr Ihre Partner?

Genau so hat es Klaus-Dieter Lehmann beschrieben: Unsere Partner sind verunsichert über die Gesetzeslage.

Wie sehen Sie Ihre Rolle als Institut bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Russland und Deutschland, Russland und Europa?

Als deutsches Kulturinstitut sind wir der internationalen kulturellen Zusammenarbeit und der Völkerverständigung verpflichtet. Das Goethe-Institut ist ein gemeinnütziger Verein und in seinem Programm und Engagement ein unabhängiger Akteur der Zivilgesellschaft. Wir orientieren uns also nicht am tagespolitischen Geschehen; das ist

Aufgabe der Politiker und der Botschaft. Die deutsche Geschichte hat gezeigt, wie fatal es ist, Kultur für politische Zwecke zu instrumentalisieren.

Unser Bestreben sind gemeinsame Projekte. Beim Austausch und Kennenlernen und bei der langfristigen Zusammenarbeit entsteht Vertrauen. Dank langjähriger Beziehungen kann man auch schwierige Zeiten überstehen und versuchen, die andere Seite zu verstehen und Kompromisse zu finden. Das heißt nicht, dass man immer einer Meinung sein muss, aber man lernt vielleicht, warum die andere Seite eine andere Meinung vertritt.

In Russland wird derzeit über die Geschichte diskutiert, auch über die deutsch-sowjetische. Deutschland hat eigene Erfahrungen im Umgang mit seiner zum Teil schwierigen Vergangenheit. Darf man historische Erinnerungen immer wieder neu betrachten und bewerten?

Es ist wichtig, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen, über Ereignisse und ihre Ursachen zu sprechen, darüber, wie Entscheidungen getroffen worden sind. Es ist wichtig, dass wir uns mit der Geschichte der eigenen Familie auseinandersetzen und mit der Geschichte des eigenen Landes – auf Grundlage von Dokumenten und möglichst vielen Quellen. Und natürlich entwickelt sich die Wahrnehmung der Geschichte im Laufe der Zeit. Deutschland hat tatsächlich in dieser Frage viel geleistet, auch heute noch. Das ist anstrengende Arbeit. Da ist uns sicherlich etwas gelungen – wenn auch nicht ganz freiwillig, da wir gezwungen worden sind, uns mit diesem Thema und unserer Verantwortung auseinanderzusetzen.

Im Institut haben wir in diesem Jahr ein sehr wichtiges Projekt entwickelt, gemeinsam mit dem Verein Bessmertnyj Polk (Unsterbliches Regiment) in Perm und mit dem Historiker Karl-Heinz Ziessow aus Niedersachsen. Es geht um Kriegsgefangene. Weil die Archive zugänglicher geworden sind, konnten wir die Ausstellung

„Erinnerungsbrücke: Rückkehr nach Hause“ erstellen. Sie zeigt das Schicksal von Kriegsgefangenen aus der Permer Region und was es für ihre Familien bedeutete, dass die Männer plötzlich verschwunden waren und viele nicht zurückgekommen sind.

Die Ausstellung wurde zunächst in Perm gezeigt und ist dann durch die Region gewandert. Bei der Eröffnung war ich sehr berührt über die vielen Besucher. Einige hatten Fotos von ihren Angehörigen und Dokumente bei sich. Sie wollten wissen, wie sie mehr über das Schicksal ihrer Väter und Großväter erfahren können. Das wird nicht das letzte derartige Projekt sein. Wir alle haben eine große Verantwortung dafür, die Erinnerung wach zu halten. Ohne Erinnerungen, ohne Nachfragen über das Vergangene, können wir keine Zukunft gestalten.

Die Fragen stellte Galina Dudina,
Reporterin bei Kommersant.

qd



Heike Uhlig

Petersburger Dialog: Hatten Sie den Übergang zu einer diplomatischen Karriere und insbesondere die Ernennung zum Botschafter in Russland erwartet?

Géza Andreas von Geyr: Ich freue mich sehr über den Posten des Deutschen Botschafters in Russland – und ja, ich gehe auch mit einer Portion Respekt daran, denn „Moskau“ gehört ganz gewiss zu den bedeutendsten Aufgaben, die die deutsche Diplomatie zu vergeben hat. Als ich in der Diplomatenschule angefangen habe, konnte ich meinen Weg, so wie er sich dann ergeben hat, bestimmt nicht erwarten. Ich bin all denen dankbar, die mich auf ganz unterschiedlichen Posten klug und geduldig gefördert haben und auch für das Glück, das ich immer wieder hatte – ganz ohne geht es nicht.

Ist in der Tatsache, dass Deutschland den ehemaligen Abteilungsleiter für Politik im Bundesverteidigungsministerium als Botschafter nach Moskau schickt, ein bestimmtes Signal zu sehen?

Mein Rang im Verteidigungsressort war nicht ganz vergleichbar – aber zu Ihrer Frage: Zumindest schaden Erfahrungen in der Breite der Sicherheitspolitik dem Botschafter in Moskau angesichts der Weltlage ganz gewiss nicht.

Womit begann Ihre Erkundung Russlands? Was möchten Sie gerne sehen, wen möchten Sie in erster Linie kennenlernen?

Das Land ist groß und enorm vielfältig: seine Geschichte, seine Kultur, seine Natur. Es ist vom ersten Tag an faszinierend zu sehen, wie die Menschen damit umgehen, mit den Fragen der gesellschaftlichen Realitäten und mit den großen Zukunftsfragen. Letztere betreffen uns ja über die Grenzen hinweg in ähnlicher Weise. Ich habe mir vor-

genommen, dies zu erfahren und zu verstehen, in Moskau und auf Reisen im Land, in gewichtigen Gesprächsrunden und in Begegnungen des täglichen Lebens.

Sie sind sicherlich mit der Thematik der Teilnahme Deutschlands an den vierseitigen Verhandlungen bezüglich der Ukraine im Normandie-Format vertraut. Wie schätzen Sie die gegenwärtige Situation ein? Welche nächsten Schritte sehen Sie?

Der Konflikt im Donbass ist im fünften Jahr und fordert immer noch täglich viele Opfer. Die leidgeprüfte Bevölkerung sehnt sich nach einem Ende dieser physischen und psychischen Lasten. Deutschland ist zusammen mit Frankreich nach Kräften bemüht, Wege zu einer Beruhigung und Lösung der Lage aufzuzeigen, vor allem im Format der N4, also mit Russland und der Ukraine. Nach langer und frustrierender Stagnation hat sich gegenwärtig, nach den Wahlen in der Ukraine, ein Momentum aufgetan, eine Chance, die gemeinsam ergriffen

werden sollte. Beide Seiten, Russland wie die Ukraine, versichern uns, eine Lösung auf Basis der Minsker Vereinbarungen zu wollen. Dies versuchen wir jetzt in sehr präzisen, detaillierten und ineinandergreifenden Arbeitsschritten voranzubringen, wie sie die Trilaterale Kontaktgruppe am 1. Oktober mit der Verschriftlichung der „Steinmeier-Formel“ beschlossen hat. Ein Gipfeltreffen sollte möglichst bald das Erreichte fixieren und Wegmarken und Ziele für weitere Schritte zur Umsetzung von Minsk vereinbaren.

Nach meiner Einschätzung kann dies gelingen, wenn alle den Fortschritt im Konkreten wollen und sich gegenseitig ein Minimum an politischem Vertrauen zu geben bereit sind. Eine gute Zukunft für die betroffenen Menschen verlangt die gleichzeitige und gemeinsame Investition von politischem Kapital aller Seiten.

Vor einigen Tagen haben Sie in Krasnodar an einer Sitzung des Lenkungsausschusses des Gesprächs-

Erstaunt von der Vielfalt Moskaus

Sein erstes Interview als deutscher Botschafter in Moskau gab Géza Andreas von Geyr dem Petersburger Dialog. Der Chef einer der größten diplomatischen Vertretungen in Russland antwortete auf Fragen von Viktor Loschak

forums „Petersburger Dialog“ teilgenommen. Wie beurteilen Sie die Situation in diesem größten gesellschaftlichen deutsch-russischen Forum? Was sollte, mit Ihrem frischen Blick betrachtet, dort geändert oder verbessert werden?

Ich habe mich sehr gefreut, dass ich als Gast an der erweiterten Vorstandssitzung teilnehmen durfte. Nach allem, was ich auch vom Treffen des Dialogplenums im vergangenen Sommer in Königswinter höre, ist die Stimmung wieder zuversichtlicher als in den vergangenen Jahren.

Ich kann dies nur begrüßen, denn im Miteinander der Zivilgesellschaften schlägt doch letztlich der Puls der Beziehungen zwischen unseren Ländern – und die grundsätzliche Sympathie der Menschen in Deutschland und Russland füreinander, die ist doch enorm groß, ja oft geradezu bewegend. Darauf baut der „Petersburger Dialog“ ja, in seiner Beschaffenheit, mit seinen Projekten und auch mit Anpassungsfähigkeit. Es wird ja bereits überlegt, wie beispielsweise die jüngere Generation, die schließlich unsere Zukunft ist, sich noch stärker einbringen kann. Ich vermute, wir Älteren wären überrascht zu sehen, wie nahe sich junge Menschen in Deutschland und Russland heute sind, in ihren Vorlieben, ihren Zielen, in ihrer Lebensgestaltung, in ihren Sorgen und Sehnsüchten. Dies ist ein wichtiger Teil unserer zivilgesellschaftlichen Realität, Dialog kann unsere Erfahrungen und unser gegenseitiges Verständnis nur bereichern.

Hat Deutschland schon Pläne zur Beteiligung an den russischen Feierlichkeiten anlässlich des 75. Jahrestages des Endes des 2. Weltkriegs?

Der Jahrestag des Kriegsendes wird das Jahr 2020 in Russland prägen und wir sind uns der Würde des Gedankens sehr bewusst. Wie genau Deutschland bei den

Die Nichtzulassung fast aller Oppositionskandidaten zur Wahl der Moskauer Stadtduma führte in der russischen Hauptstadt im August zu Massenprotesten. Tausende Menschen nahmen an genehmigten und nicht genehmigten Aktionen auf dem Sacharow-Prospekt, dem Twerskaja-Platz, dem Boulevardring und anderen Moskauer Straßen teil. Die meisten der nichtgenehmigten Versammlungen endeten mit Massenverhaftungen, Hunderte von Demonstranten wurden in die umliegenden Polizeireviere verbracht. In den meisten Fällen wurde eine mehrtägige Ordnungshaft verhängt.

Ziemlich schnell nahmen die Proteste internationale Dimensionen an. Marija Sacharowa, Leiterin der Abteilung für Information und Presse des Außenministeriums der Russischen Föderation, warf dem Botschafter der USA und der Deutschen Welle (DW) Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands vor. Später wurden gleichlautende Vorwürfe in der Staatsduma und im Föderationsrat wiederholt.

Anlass waren Berichte in den sozialen Medien, die zur Teilnahme an ungenehmigten Aktionen aufriefen und Informationen über Zeit und Ort der Aktionen verbreiteten. Bei der DW ging es um einen Tweet.

Beate Grzeski, ständige Vertreterin des deutschen Botschafters, wurde zu einem Gespräch ins Innenministerium bestellt. Die Duma setzte eine Kommission zur Klärung der ausländischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands ein.

Die Reaktion der russischen Regierung ist erklärbar. Die DW hat, noch aus sowjetischen Zeiten, in Russland eine zwiespältige Reputation. Wie auch Voice of America und BBC betrachtete die sowjetische Regierung sie als „Stimme des Feindes“ und schränkte ihre Sendungen auf dem Gebiet der UdSSR ein.

Für den Kreml ist die DW kein gewöhnliches deutsches Medienunternehmen, wie etwa *Der Spiegel* oder die *Süddeutsche Zeitung*. Die Sendeanstalt finanziert sich aus staatlichen Mitteln und untersteht der Rechtsaufsicht durch die Bundesregierung. All das bewirkt, dass russische Beamte die Publikationen des Senders als so etwas wie offizielle Verlautbarungen aus Berlin missverstehen oder gar als mehr oder weniger Propaganda der deutschen Regierung. Darauf reagieren sie sehr emotional.

Vor einem Jahr war die DW schon einmal unter den kritischen Beschluss von Sacharowa geraten. Damals ging es um die Ankündigung eines Interviews mit Natalia Kaplan, einer Cousine des Filmregisseurs und Regimekritikers Oleg Senzow. Sie sah darin einen Affront gegenüber der russischen Regierung. Der Föderationsrat wollte daraufhin die Tätigkeit der DW auf Übereinstimmung mit den russischen Gesetzen überprüfen und ihr im Fall eines Verstoßes die Sendelizenz entziehen. Da die DW ihre Arbeit fortsetzen konnte, hat sich offenbar nichts Gesetzwidriges feststellen lassen, oder die angekündigte Überprüfung hat gar nicht stattgefunden.

Sind die Befürchtungen von russischer Seite gerechtfertigt? Die Epoche des Informationskriegs hat einen spezifischen Wettbewerb der Festungen und Belagerungswaffen ausgebildet. Russland ist sicher nicht der einzige Staat, der versucht, sich gegen Aggressionen im Medienbereich zu schützen. Aber wer Schutzwände errichtet, lässt sich

womöglich dazu hinreißen, gleich auch noch die Tore zuzumauern.

Man kann nicht behaupten, dass die DW in Russland ein besonders populäres Medium wäre, nicht einmal unter den Anhängern der Opposition. Gerade für die jüngeren unter ihnen ist die DW ein Relikt aus der Epoche des Kalten Kriegs und der Dissidentenbewegung. Ihr Twitter-Account (der speziell im Fokus der russischen Regierung steht) zählt 186 000 Follower. Zum Vergleich: Der Account von „Radio Swoboda/ Radio Free Europe/ Radio Liberty“ hat 298 000 Follower, der Account des russischen Ersten Kanals mehr als 3 Millionen, der von Russia Today in russischer Sprache 859 000.

Es trifft zu, dass die DW über die Aktionen der außerparlamentarischen Opposition berichtet, aber sie enthält sich in der Regel der direkten Unterstützung. Auf Alexei Nawalys Internetseite konnte man nur einen einzigen Link zu den Publikationen der DW finden. In seinen Tweets während der ersten Augusthäft-

te, der aktivsten Zeit der Proteste, setzte der Oppositionspolitiker insgesamt nur drei Reposts von Publikationen der DW.

Die Anhänger der russischen Opposition haben wenig Vertrauen in die staatlichen Medien. Trotzdem sind nur wenige von ihnen bereit, den Empfehlungen der ausländischen Medien ohne weiteres zu folgen, und schon gar nicht werden sie, nur auf einen Aufruf in den sozialen Medien hin, eine ungenehmigte Protestaktion aufsuchen.

Die eigentliche Mobilisierungskraft haben die persönlichen Tweets der Aktivisten und prominenten Persönlichkeiten, die Positionierungen der Meinungsführer, die Internetcommunitys und Internetseiten. Auch wenn die Demonstranten vielleicht auf eine gewisse Unterstützung aus dem Ausland hoffen, von den ausländischen Medien mit ihrer festen redaktionellen Politik und ihrer relativ geringen Popularität erwarten sie das zuletzt.

Die harte Reaktion der russischen Regierung scheint ein wenig überzogen.

Es hat ohne Zweifel seine Berechtigung, die moderne Informationssphäre als Kampfarena des „neuen Kalten Kriegs“ zu betrachten. Die Schwierigkeiten, mit denen die Mediengruppe Russia Today in Deutschland konfrontiert ist, bezeugt, dass der Westen nicht immer offen ist für die unbegrenzte Informationsfreiheit.

Doch die Politik der radikalen Maßnahmen ist selten effektiv. Die kasernenhafte Sauberkeit des medialen Raums ist genauso bedenklich wie unbegrenzte Freizügigkeit. Unter den Bedingungen völliger Informationssterilität kann sich keine Immunität gegenüber Provokationen herausbilden. Wenn die Bürger bereit wären, ihre Regierung zu stürzen, nur weil ein Tweet einer internationalen Mediengesellschaft sie dazu aufruft, wäre das ein Symptom für ernsthafte Probleme nicht in den Medien selbst, sondern in der Gesellschaft und im Staat.

Die Erfahrungen der Sowjetunion im Umgang mit der DW und anderen „feindlichen Stimmen“ kann man kaum erfolgreich nennen. Die gesetzliche und

technische Einschränkung der Radiosendungen hatte den Effekt der verbotenen Früchte und steigerte automatisch deren Wertigkeit. Die Sendungen der DW fanden schließlich doch ihre Hörer, die der Zugang zu verbotenen Wahrheiten lockte. In Krisensituationen wie dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan und der Katastrophe in Tschernobyl wurde die Wahrnehmung der offiziellen Position der sowjetischen Regierung im Landesinneren durch die Informationen der ausländischen Sendeanstalten relativiert.

Die Einschränkung der Sendetätigkeit oder die Blockierung der Internetseiten der DW auf russischem Territorium ist als Maßnahme zum Schutz des Informationsraums illusorisch. Derartige Methoden laufen das Risiko, die Mediensphäre zu neuer, noch schärferer Auflehnung zu provozieren.

Mit der Einbestellung der deutschen Botschaftsvertreterin in das russische Innenministerium betrachtete man dort diesen Fall als erledigt. Die DW behält ihre Politik bei und stabilisierte ihre Stammhörerschaft. Dieser Status quo ist für alle bequem.

Es klingt vielleicht naiv, aber das beste Mittel, sich gegen Informationsattacken zu schützen, ist, keine Gründe dafür zu geben. Das gewaltsame Auflösen von Demonstrationen liefert nur das klassische Bild eines Staats, der seine Bürger autoritär unterdrückt.

Es stellt sich die Frage: Wenn es zu solchen Extremreaktionen schon in Zusammenhang mit der politisch nicht allzu bedeutsamen Moskauer Duma geht, wie wird man dann erst bei den nächsten Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen vorgehen?

Währenddessen kann die moderne Mediensphäre Anlässe für Informationsattacken auch auf höchst schwankendem Boden generieren. Bedauerlicherweise verhalten sich russische und westliche Medien, wenn sie mit Provokationen zu tun haben, in den meisten Fällen eher wie prinzipielle Gegner denn als Kollegen. Bis zur weihnachtlichen Waffenruhe oder gar einer Verbrüderung an der Informationsfront ist es noch sehr weit.

Artem Sokolov
ist Dozent am Staatlichen Moskauer
Institut für Internationale Beziehungen
(MGIMO).

□□



Marija Sacharowa

Nicht genehme Aktionen

Die Deutsche Welle ist wieder einmal in Verdacht geraten, sich in innere Angelegenheiten Russlands einzumischen. Der Beitrag von Artem Sokolov zeigt, wie schmal der Grat geworden ist, auf dem sich unabhängige Berichterstattung dort bewegen muss



Manhattan oder Moskau? Die neue City am linken Moskwa-Ufer

Feierlichkeiten vertreten sein wird, kann ich im Moment noch nicht sagen. Auch bei uns in Deutschland wird 2020 vielerorts an die Opfer und das unermessliche Leid des Kriegs und des menschlichen Abgrunds der Shoa gedacht werden, dies mit der Bereitschaft zur historischen Verantwortung, tiefer Dankbarkeit für Aussöhnung und dem festen Willen zu einem friedlichen Europa.

Das Interview erscheint in der Ausgabe unserer Zeitung, die dem 30. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer gewidmet sein wird. Welche persönlichen Erinnerungen haben Sie an dieses Ereignis? Meinen Sie, eine imaginäre Mauer gibt es heute nicht mehr?

Wie bestimmt so gut wie jeder meiner Generation habe ich in den damaligen Tagen kaum glauben können, was in den Monaten und Wochen vor dem tatsächlichen Fall der Mauer europaweit geschah: Die gewaltsame Teilung meines Landes, meiner Hauptstadt, ja meines Kontinents schien unauf löslich, so widernatürlich sie auch war. Ich bewunderte die mutigen Menschen in Polen, Ungarn, in den Baltischen Staaten und an vielen anderen Orten, deren Klugheit, Beharrlichkeit und Unbeugsamkeit den Weg dazu bereitet haben. Zwar schien dies immer näher zu kommen, zugleich schien es aber unmöglich, dass es unblutig Realität würde. Den Moment der Freude, als sich die Menschen an der Mauer in den Armen lagen, habe ich in München erlebt, es war überwältigend, unvergesslich und prägend. Übrigens war auch damals allen klar, dass Deutschland diesen Glücksmoment seiner Geschichte dank unserer Nachbarn, Freunde und Verbündeten hat erleben dürfen – und auch dank der Sowjetunion, die darauf verzichtet hat, einzugreifen.

Die Mauer von damals ist weg, im Grunde auch die in den Köpfen, denn heute stellen sich Fragen der inneren Entwicklung Deutschlands doch ganz anders im Lichte neuer

Umstände, beispielsweise der vielfältigen Effekte unserer globalisierten Wirtschaft.

Ihre Residenz in der ulitsa Povarskaya wird bekanntlich renoviert. Wo wohnen Sie jetzt in Moskau oder wo möchten Sie wohnen?

Die Deutsche Residenz, in der ich wohne, ist ein wunderschönes Gebäude, das demnächst saniert werden muss, damit es uns viele weitere Jahrzehnte erhalten bleiben kann. Wenn es soweit ist, werde ich in eine andere, zeitweilige Residenz in der Nähe ausweichen, die bestimmt ebenfalls eine Atmosphäre ausstrahlen wird, die den deutsch-russischen Begegnungen in Moskau gerecht wird. Meine Familie kommt mich hoffentlich oft besuchen – hier wie dort.

Was hat Sie besonders erstaunt, als Sie Ihre Arbeit in Russland aufgenommen haben, und was hat Sie am stärksten beeindruckt, erfreut oder vielleicht auch betäubt?

Ich bin an den Wochenenden viele Stunden zu Fuß durch die Stadt gegangen, durch viele ganz unterschiedliche Viertel. Moskau bietet eine faszinierende Vielfalt an Eindrücken!

Wenn Sie später einmal zurückblicken, was würden Sie als würdiges Ergebnis Ihrer Moskauer Mission bezeichnen?

Was ich gerne sehen würde, hängt weniger vom Erfolg eines Botschafters als von einem Ziel ab, das ich auch als Europäer mit einer guten Zukunft verbinde: dass die Umstände so werden, dass die deutsch-russischen Beziehungen ihr volles Potenzial entfalten können.

□□